



798

Mittwoch, 15. Dezember 1976

Blatt 2953

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Gaspreis wird um 6,1 Prozent erhöht  
(rosa) Budgetdebatte 1977
- Lokal: Noch Plätze für Schwimmaktion frei  
(orange) Feuerwehr im Kunsteinsatz  
Nachts auf den Wiener Straßen: 150 Fahrzeuge im  
Schnee-Einsatz
- Kultur: Wilhelm Boerner zum Gedenken  
(gelb) Theodor von Sichel zum Gedenken
- Sport: Empfang für die "Austria"  
(grün)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

## feuerwehr im kunsteinsatz

1 wien, 15.12. (rk) ein nicht alltaegliches schauspiel wird am samstag vormittag die wiener am karlsplatz in atem halten: ein kran der wiener feuerwehr wird eine drei tonnen schwere bleifiguren-gruppe ueber das dach des historischen museums der stadt wien in dessen innenhof hieven. es handelt sich bei der skulptur um ein werk von johann martin f i s c h e r , "die treue zu der oesterreichischen nation" genannt. bis 1875 war die figurengruppe am hof aufgestellt, die letzten hundert jahre verbrachte sie im depot des historischen museums. nun wird sie - restauriert - den innenhof des museums schmuecken. (os)

0951

nachts auf den wiener strassen:

150 fahrzeuge im schnee-einsatz

5 wien, 15.12. (rk) nachdem in der nacht zum mittwoch die temperatur unter null grad sank und staerkerer schneefall einsetzte, wurden ab 1.30 uhr alle fahrzeuge der ma 48 sowie die der kontrahenten zur schneeraeumung und glatteisbekaempfung auf die hauptfahrbahnen beordert. insgesamt waren 50 mann, 140 streufahrzeuge und schneepfluege sowie 11 sandlademaschinen im einsatz. in den heutigen morgenstunden wiesen die hauptfahrbahnen bereits salznasse fahrbahnen auf. derzeit, 9.30 uhr, konzentriert sich die schneeraeumung auf die nebenfahrbahnen. (ka)

1000

k u l t u r :

=====

## theodor von sickel zum gedenken

2 wien, 15.12. (rk) auf den 18. dezember faellt der 150. geburtstag des historikers univ.-prof. dr. theodor von s i c k e l . theodor von sickel wurde am 18. dezember 1826 in aken (sachsen) geboren. 1856 wurde er als dozent der geschichtswissenschaft an die universitaet wien berufen, an der er ab 1857 ausserordentlicher universitaetsprofessor fuer geschichte war. bereits 1864 zum mitglied der kaiserlichen akademie der wissenschaften berufen war sickel ab 1869 leiter des fuenfzehn jahre zuvor gegruendeten institutes fuer oesterreichische geschichtsforschung. hier wandte er sich einer zielstrebigen foerderung der hitorischen hilfswissenschaften zu und darf insbesondere als einer der vaeter der modernen urkundenlehre, die er zu einer strengen fachwissenschaft ausbaute, angesehen werden. ab 1880 gab er such die "mitteilungen des instituts fuer oesterreichische geschichtsforschung" (mieog) heraus und 1881 begruendete er das oesterreichische historische institut in rom, das er bis 1901 leitete. am 21. april 1908 starb theodor von sickel hochbetagt in meran.

ihm zu ehren benannte die stadt wien eine verkehrsflaeche im 10. gemeindebezirk.

0954

k u l t u r :

=====

## wilhelm boerner zum gedenken

3 wien, 15.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der 25. todes-  
tag des schriftstellers wilhelm b o e r n e r .

boerner wurde am 26. juni 1882 in laa an der thaya geboren.  
er studierte in wien philosophie, paedagogik und germanistik und  
wurde ein eifriger schueler friedrich jodls, dessen lebenswerk er  
fortfuehrte und dessen schriften er spaeter herausgab. er war auch  
der erste sekretaer der von jodl gegruendeten ethischen gemeinde  
und leitete diese seit 1919 bis zu seinem tode. schon fruehzeitig  
begann seine reiche taetigkeit auf den verschiedenen gebieten.  
seine erste arbeit war eine einfuehrung in die grundzuege der ethi-  
schen bewegung, die eine natuerliche verbindung der ethik mit dem  
praktischen leben verlangte, eine sich nach der erfahrung orien-  
tierende, jede metaphysik ablehnende antitheologische weltanschau-  
ung vertraut und auf dem boden eines positiven ethischen sozialismus  
stand. boerner widmete seine kraft auch der volksbildung und wirkte  
besonders fuer die idee der volksbuecherei. seine aufsaetze und  
vortraege gegen die schundliteratur haben ihre aktualitaet bis heute  
bewahrt. ein weiteres schaffensgebiet von ihm war die literaturge-  
schichte. seine scharfe stellung gegen den nationalsozialismus hatte  
zur folge, dass er nach der besetzung oesterreichs verhaftet und in  
ein kz verschleppt wurde. erst den anstrengungen hollaendischer  
anhaenger seiner bewegung gelang es, ihm zur befreiung zu verhelfen,  
so dass er nach amerika emigrieren konnte. im jahre 1948 kehrte er  
in die heimat zurueck, in der er am 17. dezember 1951 starb. die  
stadt wien hat ihm eine grabstelle im urnenhain des krematoriums  
gewidmet und diese in ihre obhut genommen. 1955 wurde eine verkehrs-  
flaeche im 19. wiener gemeindebezirk nach ihm benannt.

s p o r t :

=====

empfang fuer die ''austria''

4 wien, 15.12. (rk) anlaesslich des titelgewinnes in der saison 1975/76 hat sportstadtrat kurt h e l l e r im namen des buergermeisters die funktionaere und spieler des fussballklubs austria fuer freitag, den 17. dezember zu einem abendessen in den rathauskeller eingeladen. (hof)

0959

Kommunal:Debatte "Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz"  
=====

Wien, 15.12. (RK) Am dritten Tag der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde zunächst über die Geschäftsgruppe "Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz" (Amtsführender Stadtrat Heinz Nittel) beraten.

GR. Krenn (FPÖ) begrüßte das vorliegende Bäderkonzept, das in der ersten Ausbaustufe Hallenbäder in Simmering, Hietzing, Atzgersdorf und auf der Hohen Warte mit Fertigstellungstermin bis 1979 vorsehe. Das Schafbergbaddebakel, - bekanntlich erhöhten sich die Kosten von 39 Millionen auf 100 Millionen - sei Anlaß zur wohlüberlegten Konzipierung des Bäderprogramms gewesen, der Prototyp der vorgesehenen Bäder sei das Freibad in Stockerau. GR. Krenn begrüßte auch, daß in zweiter Ausbaustufe Bäder in der Großfeldsiedlung und in Brigittenau geplant sind, bedauerte jedoch gleichzeitig, daß der dritte Bezirk nicht in das Konzept einbezogen worden sei. In diesem Bezirk mit 20 Volksschulen, fünf AH-Schulen und etlichen Privatschulen, fehle es vor allem an Bädereinrichtungen für die Jugend.

GR. Krenn stellte den Antrag, den Bau eines Hallenbades auf der Landstraße in das Bäderkonzept aufzunehmen.

Zum Marktzentrum Landstraße sei festzustellen, daß zwar mit den Abbrucharbeiten am 27. Oktober 1976 planmäßig begonnen wurde, der für 6. Dezember vorgesehene Baubeginn jedoch bis jetzt noch nicht erfolgt sei. Mit den Bauarbeiten müsse so schnell wie möglich begonnen werden. Die Verkehrssituation, die in diesem Bereich durch die Sperre der Großen Marxerbrücke noch verschärft werde, sei bis zur Fertigstellung genau zu planen.

Zum Abschluß kritisierte GR. Krenn die Kürzungen im Budgetansatz für die Dritte Wiener Wasserleitung, für das Rohrnetz und für die Hauptkläranlage. GR. Krenn stellte die Anträge, die Ausgabenansätze für die Dritte Wiener Wasserleitung um 20 Millionen, für das Rohrnetz um zehn Millionen und für die Fertigstellung der Hauptkläranlage um 70 Millionen zu erhöhen.

Bei einer Ablehnung der Anträge könne seine Fraktion dem Budget für die Geschäftsgruppe nicht zustimmen. (ba)

GR. Schneider (ÖVP) vertrat die Ansicht, daß es nicht sehr sinnvoll war, den Umweltschutz auf zwei Geschäftsgruppen aufzuteilen und beschäftigte sich anschließend ausführlich mit dem Marktwesen. Die Märkte haben große Bedeutung für die immer kritischer werdende Nahversorgung, überdies wirken sie preisregulierend. Es ist erfreulich, daß im Budget 1,8 Millionen für die Renovierung des denkmalgeschützten Marktamtgebäudes am Naschmarkt vorgesehen sind. Auch für die Sanierung des Meiselmarktes sind 2,1 Millionen eingesetzt, hingegen gibt es kein Geld für Adaptierungen des Karmelitermarktes und des Meidlinger Marktes. Die Übersiedlung der Viktualienhalle wurde fast reibungslos durchgeführt, aber die Standflächen sind um 50 Prozent verkleinert worden. Es gibt auch Umsatzrückgänge bis zu 60 Prozent. Problematisch bleibt auch, daß gegenüber den derzeit 120 Ständen in der neuen Halle nur 96 Stände vorgesehen sind. Das Um und Auf für das Gedeihen des neuen Marktes werden aber die Marktgebühren sein. Die vier temporären Märkte haben sich neben den 28 fixen Märkten außerordentlich für die Nahversorgung bewährt. Man sollte noch weitere temporäre Märkte in der Großfeldsiedlung, am Rennbahnweg und in Simmering einführen. Auf den Märkten wird die Müllbeseitigung immer schwieriger. Man sollte prüfen, ob anstelle noch größerer Behälter Müllpressen zweckmäßig wären. GR. Schneider brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Im Fleischzentrum St. Marx werden die Einnahmen von 19,5 auf 40,2 Millionen steigen, weil das Schlachthofentgelt von 21,29 auf 97,10 Schilling angehoben werden mußte. In dieser höheren Gebühr ist aber das Entgelt für Lohnschlächter und Markthelfer nun enthalten, so daß sich die Vermarktung von Rindern und Schweinen sogar wesentlich verbilligt.

Der Redner begrüßte den Neubau der Lebensmitteluntersuchungsanstalt, bedauerte aber, daß sie nicht gleich so großzügig angelegt wird, um neben den bisherigen Untersuchungen auch Gemüse- und Salatuntersuchungen durchführen zu können. Die vorgesehenen Budgetmittel lassen eine solche Lösung fraglich erscheinen. (smo)

Der Konsumentenschutz soll die Vertrauensbasis zwischen Konsument und Wirtschaft stärken, erklärte GR. Rosenberger (SPÖ).

Rosenberger regte eine Beschwerdestelle für Konsumenten im Wiener Rathaus an, damit sich der Bürger möglichst rasch bei Unzukömmlichkeiten an die Stadtverwaltung wenden kann.

In der neuen Geschäftsgruppe arbeiten drei Abteilungen für den Konsumentenschutz: Das Marktamt, das Fleischzentrum in St. Marx mit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt und die Abteilung für Gewerbewesen. Bei Stichproben des Marktamtes nahmen die Beanstandungen und Anzeigen stark zu. Gab es 1970 rund 2.000 beanstandete Lebensmittelproben, waren es 1975 bereits 4.000. Ebenfalls verdoppelt haben sich die Anzeigen bei Preisverstößen, nämlich von 600 auf 1.200 im gleichen Zeitraum. Die Zahlen zeigen, daß der Kampf gegen die schwarzen Schafe, die die Schutzlosigkeit der Konsumenten ausnützen, notwendig ist. Vor allem auch im Interesse der überwiegenden Mehrheit in der Wirtschaft, die sich tadellos verhält. (sei)

GR. Dipl.-Ing. DDR. Strunz (ÖVP) erklärte, daß die Hauptkläranlage Simmering nach ihrer Fertigstellung 1980 wieder geordnete Verhältnisse im Donaukanal und in der Donau schaffen werde. Allerdings wäre ein früherer Fertigstellungstermin möglich gewesen, wenn man sich schon früher zur Verbrennung des Klärschlammes entschlossen hätte. Einen entsprechenden Antrag habe die ÖVP bereits 1969 gestellt.

Ein Problem stelle immer noch die Reinigung der Rauchgase der Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau dar. Versuche mit trockener Rauchgasreinigung hätten zwar befriedigende Ergebnisse gebracht, aber die notwendigen Anlagen wurden noch nicht eingebaut. Dr. Strunz stellte den Antrag, solche Anlagen umgehend einzubauen.

Dr. Strunz erklärte, daß die Gewinnung von Wertstoffen aus Müll immer wichtiger werde. Im Ausland gebe es bereits erfolgreiche Systeme. Er stellte den Antrag, für die Rückgewinnung von Wertstoffen aus Hausmüll in Wien einen Großversuch nach dem sogenannten Mehrkammer-System (Trennung von Papier, Glas und übrigen Müll in den Behältern und Fahrzeugen) durchzuführen. Die Notwendigkeit von Mülldeponien sowie einer dritten Müllverbrennungsanlage sei unbestritten. Dr. Strunz stellte den Antrag, unter Beiziehung von Experten ein langfristiges Abfallbeseitigungskonzept auszuarbeiten, um Vorsorge zu treffen, daß die Abfall-



beseitigung in Wien nach dem letzten Stand der Technik, des Umweltschutzes und der Planung vorgenommen wird.

Im 21. und 22. Bezirk gebe es noch Siedlungen, die keinen Anschluß an das öffentliche Kanal- und Trinkwassernetz haben. Dr. Strunz stellte den Antrag, für den Anschluß dieser Gebiete ein Konzept auszuarbeiten, das den etappenweisen zügigen Ausbau vorsehe. (ger)

GR. Wiesinger (SPÖ) betonte, daß diese Geschäftsgruppe am unmittelbarsten mit den Bedürfnissen und Anforderungen aller Wiener verbunden sei. Vieles vollziehe sich jedoch unsichtbar unter der Erde. Die Geschäftsgruppe verfüge derzeit über 5.855 Bedienstete, wovon fast die Hälfte auf Stadtreinigung und Fuhrpark entfallen. Im vergangenen Jahr seien 2.165 Millionen an Einnahmen, 3.381 Millionen an Ausgaben gegenübergestanden. Die Gebühren können die Ausgaben nur teilweise abdecken. Bei den Bädern betrage beispielsweise die Abdeckung bloß 24 Prozent. Nur bei den Friedhöfen und der Müllabfuhr werde eine nahezu 100prozentige Deckung erreicht. Wo die Gebühren sozialen Charakter haben, werden die zusätzlichen Investitionen weiter von der Verwaltung getragen, eine Gebührendeckung wird nicht angestrebt.

Als besonders positiv hob GR. Wiesinger die Sicherung der Wasserversorgung für den 21. und 22. Bezirk nach der Reichsbrückenkatastrophe hervor. Der Bau eines Wasserleitungsstranges über die Praterbrücke konnte statt wie vorgesehen in 14 Monaten bereits nach 14 Wochen fertiggestellt werden. Ein besonderes Anliegen der Geschäftsgruppe sei das Aufspüren von undichten Stellen im Wasserrohrnetz. In den letzten fünf Jahren sei durch eine genaue Überprüfung und abschließende Sanierung der Wasserrohre ein Verlust von 15 Millionen Kubikmeter Wasser verhindert worden. Es seien aber noch immer 30.000 Wasserabnehmer zu überprüfen. Zum Bäderkonzept stellte GR. Wiesinger abschließend fest, daß Prioritäten festgesetzt worden seien. Bezirkswünsche könnten mittelfristig berücksichtigt, jedoch nicht immer kurzfristig realisiert werden. (ba)

StR. Nittel (SPÖ) erklärte, daß man sich an die im Verlauf der Budgetverhandlungen erzielte Einigung über die Prioritäten halten wird. Er sei daher für die Ablehnung der von der Opposition gestellten Anträge. Hingegen ist er jederzeit bereit, die sachlichen Anregungen zu diskutieren und zu überprüfen, insbesondere Fragen der Abgasreinigung bei der Müllverbrennung oder der Rückgewinnung von Rohstoffen aus dem Müll. Man wird sich dabei des Rates der Fachleute bedienen. Aber Anträge zur Kanal- und Wasserversorgung im 21. und 22. Bezirk sind zwar leicht zu stellen, aber nur schwer zu verwirklichen. Man dient der Bevölkerung am besten, wenn man ihr erklärt, nach welchen Grundsätzen Prioritäten gesetzt und verwirklicht werden.

Zu den Gebühren für die Dienstleistungen seiner Geschäftsgruppe sagte Nittel, daß sehr wohl unterschieden wird zwischen Dienstleistungen, deren Kostendeckung den Benützern voll zugemutet werden kann, und solchen, die aus sozialen oder kulturellen Überlegungen nur teilweise kostendeckend gestaltet werden. Bei Wasser, Müll, Friedhöfen ist eine ungefähre volle Kostendeckung denkbar. Zu der zweiten Kategorie zählen jedoch die Bäder, die mit einer Kostendeckung von nur 24 Prozent nachhinken. Es werden Überlegungen angestellt, wie die Kostendeckung verbessert werden könnte. Sicher wird damit niemand eine Freude haben, jene aber, die objektiv die Qualität des Gebotenen prüfen, werden zugeben, daß sie gut bedient werden. 1977 wird mit dem Bau der ersten drei Bezirksbäder begonnen - in Hietzing, in Simmering und auf der Hohen Warte. Dazu kommt noch der Beginn mit dem Höpfler-Sommerbad in Liesing.

Von den 5.855 Beschäftigten der Geschäftsgruppe entfällt der Löwenanteil von 2.748 auf die MA 48, deren Leistungen gerade jetzt beim ersten Schneefall deutlich sichtbar werden, wenn sie Tag und Nacht im Einsatz stehen. Mit derartigen Dienstleistungen ist es aber so, daß man sie als selbstverständlich ansieht, solange alles in Ordnung ist.

Unter dem Oberbegriff "Konsumentenschutz" wurden fürs erste die Dienststellen für Versorgung und Überwachung der Lebensmittel zusammengefaßt. Die Einbeziehung der rechtlichen Angelegenheiten des Ernährungswesens deutet aber schon die beabsichtigte Entwicklung an, soweit es in städtischer Kompetenz möglich ist, nämlich dem Konsumenten zur Seite zu stehen. Bei passender Gelegenheit werden weitere Initiativen vorgelegt werden. Zu den in der Debatte angeschnittenen Fragen erklärte Nittel: Die Markthalle Landstraße soll zu vorgegebenem Termin fertig werden. Auch die Lebensmitteluntersuchung wird plangemäß 1978 fertig gebaut sein, eine Ausdehnung der Untersuchungen auf andere Lebensmittel wird aber nicht unterstützt. Zum Wasserleitungs- und Kanalbau: Der Bau der III. Wasserleitung ist in der Zielgeraden angelangt, der erste Rohrstrang zum Behälter Unter-Laa wurde vergeben, dieser Behälter mit einem Fassungsraum eines dreitägigen Verbrauchs ist in aller Stille fertig geworden. In aller Stille wurden auch jene Arbeiten zur sicheren Aufbewahrung der 26.000 Gelbkreuz-Granaten bei Großmittle, die eine mögliche Bedrohung des Grundwassers darstellten, vom Innenministerium abgeschlossen. Über den Bau der Hauptkläranlage sind von der ÖVP in der Öffentlichkeit mißverständliche Darstellungen gegeben worden. Gebaut wird nicht eine Kläranlage allein, sondern ein völlig neues Abwasserbeseitigungsprojekt. Dieses besteht aus einer Summe von Vorhaben - Pumpwerke, Hauptsammler, Dükker etc. -, für die allein der Gemeinderat seit 1969 fünfzehn Einzelkredite von insgesamt 2.04 Milliarden beschlossen hat. Für alle diese Maßnahmen stehen 332 Millionen im Jahr zur Verfügung und nicht 70 Millionen wie behauptet wird. Die Versuche, Klärschlamm zu Düngemittel zu verarbeiten sind 1974 negativ beendet worden. Deshalb wurde mit der Firma EBS ein Vertrag abgeschlossen, nach dem ab 1980 der Klärschlamm verbrannt wird. Damit besteht aber für die Stadt Wien die Verpflichtung, bis zu diesem Zeitpunkt die Anlage fertigzustellen. Daher wird auch ein neuer Terminplan für die restlichen Bauwerke erforderlich.

Mit dieser großzügigen Abwasserbeseitigungsanlage, die der Donau unterhalb der Stadt die gleiche Wassergüte geben wird wie oberhalb, erwächst das moralische Recht, von den Gemeinden und Ländern donauaufwärts ähnliche Anstrengungen zu verlangen. (smo)

#### Debatte "Bauten"

Der Gemeinderat setzte die Budgetdebatte mit der Geschäftsgruppe "Bauten" (Amtsführender Stadtrat Hans Böck) fort.

Die Fahrlässigkeit bei der Überprüfung der Reichsbrücke war keine Ausnahme, sondern die Regel, erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Eine ihm in den letzten Tagen übergebene offizielle Darstellung zeigt an, daß in den Jahren 1966 bis 1975 nur 27 der 428 Wiener Brücken hauptuntersucht wurden. Es wird vermutlich Jahre dauern, bis der Rückstand aufgeholt sein wird.

Im Detail erwähnte Hirnschall, daß die Hohe Brücke im 1. Bezirk 1936 zum letztenmal hauptuntersucht wurde, die Kleine Marxerbrücke vor 32 Jahren und die Kleine Ungarbrücke seit ihrer Fertigstellung im Jahre 1899 überhaupt noch nie genauer geprüft wurde. Das gleiche Schicksal teilen vier im Jahre 1895 fertiggestellte Wienfluß-Brücken. Unzukömmlichkeiten treten auch bei den Stegen über Bahnanlagen auf. So wurde der Rustensteg über die Westbahn vor 32 Jahren zum letztenmal überprüft.

Ursprünglich sprach man davon, daß die Alte Donau innerhalb von fünf Jahren generalgesäubert wird. Im Finanz- und Investplan waren dafür Kosten von fünf Millionen vorgesehen. Im Budget 1977 sind jedoch nur 200.000 Schilling enthalten. Mit dieser Baurate würde die Säuberung erst in 25 Jahren abgeschlossen sein. Hirnschall stellte den Antrag, die jährliche Rate mit einer Million festzusetzen.

Für die Verlängerung der Schnellstraße von der Nordbrücke zur Brünner Straße gibt es noch kein Detailprojekt. Der Gemeinderat wird erst morgen die Ausarbeitung eines entsprechenden Projektes vergeben. Man muß daher gefaßt sein, daß die Misere bei der Abfahrt von der Nordbrücke noch jahrelang anhalten wird.

Offensichtlich will man mit der Erhöhung der Mittel für den Wohnbau von 1,8 auf 2,5 Milliarden das starke Sinken des städtischen Wohnbauvolumens in der letzten Zeit auffangen. Nur 20 Prozent der Mittel kommen aber aus dem Budget. Eine Milliarde kommt aus

den Wohnbauförderungsmitteln und um eine Milliarde nimmt man ein Hypothekendarlehen auf. In dieser Situation ist eine Finanzierung des Wohnbaus durch eine weitere Anleihe kaum vorstellbar. (sei)

GR. Hoffmann (ÖVP) stellte fest, daß der kommunale Wohnbau höher dotiert sei als in den vergangenen Jahren. Er betonte die Bedeutung des kommunalen Wohnbaus, kritisierte jedoch, daß die Hauptprojekte am Stadtrand vorgesehen sind. In den nächsten Jahren müßte die Stadterneuerung forciert werden. Hoffmann erklärte, daß junge und besser verdienende Personen keine Chance im kommunalen Wohnbau hätten. Die Förderung des Eigentumsgedankens müßte vorangestellt werden, um das Abwandern potenter Steuerträger nach Niederösterreich zu verhindern. Hoffmann kritisierte, daß in der Budgetvorschau der Aufwand für Großreparaturen sinke.

Der Straßenbau sei - unter Berücksichtigung der Inflationsrate - relativ schlechter dotiert, obwohl der Zustand zahlreicher Straßen in vielen Bezirken Wiens schlecht sei.

Hoffmann kritisierte, daß es des Einsturzes der Reichsbrücke bedurfte, für die Überprüfung der Brücken mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber auch die jetzt vorgesehenen Mittel reichen für die Sanierung der Brücken nicht aus. Jahrelang sei sichtbaren, rasch wachsenden Projekten der Vorrang gegenüber Reparaturmaßnahmen eingeräumt worden.

Beim Neubau der Philadelphiabrücke sei mit Verzögerungen zu rechnen, das Detailprojekt sei noch nicht einmal in Auftrag gegeben.

Hoffmann stellte fest, daß die Baggerungen an der Neuen Donau im Oktober eingestellt werden mußten, weil noch immer keine Regelung über die Verlegung der die Trasse querenden Versorgungsleitungen der ÖMV getroffen worden war. Dies sei auf die säumige Verhandlungsführung zurückzuführen. Hoffmann stellte den Antrag, finanzielle Mittel, die für den Ausbau des Hochwasserschutzes am linken Ufer vorgesehen waren, nun aber nicht verbraucht werden, für den Ausbau des Hochwasserschutzes am rechten Ufer zu verwenden. (ger)

Aus der Anzahl der Beschäftigten, die derzeit zwischen 20.000 und 25.000 liegt, wird die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Beschäftigungspolitik der Bundeshauptstadt ersichtlich, hob GR. Braun (SPÖ) hervor. Die ÖVP solle endlich aufhören, "Zick-Zack-Politik" zu betreiben und Katastrophenstimmung zu verbreiten. Brückenkontrollen würden nach Einsturz der Reichsbrücke nicht nur in Österreich in verstärktem Ausmaß durchgeführt, sondern auf der ganzen Welt sei das Phänomen der "Brückensensibilität" ausgebrochen.

Die Bewältigung der Probleme nach Einsturz der Reichsbrücke seien jedoch der beste Beweis dafür, daß die Wiener Stadtverwaltung rasch und unbürokratisch handle. Die Straßenbahn-Ersatzbrücke sei in international anerkannter Rekordzeit hergestellt worden, die Straßenersatzbrücke werde in wenigen Tagen in Betrieb genommen. Die Überprüfung der Wiener Brücken umfaßte in der ersten Dringlichkeitsstufe 19 Brücken. Sie sei nahezu abgeschlossen. Wo Mängel vorlagen, sei sofort mit deren Behebung begonnen worden.

Bei der Autobahn liege das Schwergewicht auf der Herstellung der Verbindung Favoriten mit dem Autobahnknoten Prater, dem Ausbau der Ostautobahn und der Verknüpfung der Südost-Autobahn mit der Autobahnverbindung Wien-Süd. Wichtigste Baustelle bei den Bundes- und Gemeindestraßen sei die Anschlußstelle Nordbrücke beim Nußdorfer Spitz, wo die Verknüpfung von drei bedeutenden Straßenzügen erfolgen wird.

Auf dem Karlsplatz wird die B1 ausgebaut. Im Zuge des Ausbaus der Atzgersdorfer Straße im 13. Bezirk wurde das Plateau am Rosenhügel fertiggestellt. Der Ausbau der Linzer Straße im 14. Bezirk ist vollendet, im 16. Bezirk konnte der Umbau der Ottakringer Straße, von der Blumbergergasse bis zum Johann Nepomuk Berger-Platz, beendet werden.

Insgesamt wurden heuer 460.000 Quadratmeter Fahrbahnen von Gemeindestraßen repariert, die Belagsänderungen und Neuherstellungen beliefen sich auf 323.000 Quadratmeter, was einer Länge von 54 Kilometer Straßenreparaturen und 38 Kilometer Belagsänderungen und Neuherstellungen entspricht. Bei den Fußgängerzonen wurden als Schwerpunkte im heurigen Jahr der Jodok Fink-Platz im 8. Bezirk und der erste Abschnitt der Fußgängerzone Naglergasse im ersten Bezirk fertiggestellt. Weitere Fußgängerzonen stehen vor der Vollendung.

Als besondere Leistung hob GR. Braun die insgesamt 69 städtischen Baustellen hervor, auf denen rund 9.700 Wohnungen in Bau stehen. Davon werden 1977 rund 3.700 Wohnungen fertig gestellt sein. Charakteristisch für das Bauprogramm 1977 werde der Trend von der Großbaustelle zu Kleinbaustellen sein. An die Stelle der Stadterweiterung trete die Stadterneuerung. Die Befürchtungen bezüglich einer Rezession im Baugewerbe seien - was den Bereich des städtischen Bauwesens betrifft - völlig unbegründet. Es sei eher mit einer Erhöhung des Beschäftigtenstands zu rechnen als mit einem Gleichbleiben oder einer Senkung. (ba)

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) trat für eine tolerante Berücksichtigung von Klein- und Mittelbetrieben bei der Arbeitsvergabe für städtische Bauvorhaben ein, weil nur bei Gedeihen dieser Betriebe die Vollbeschäftigung gesichert werden kann. Er warnte auch davor, den Bogen zu überspannen, wenn mit der Innung für das kommende Jahr eine Vereinbarung über gleichbleibende Kosten getroffen wird. Betriebe würden mit Verlust arbeiten, schon jetzt sind einige in den roten Zahlen. Ein momentaner Erfolg könnte ein Jahr später zum Mißerfolg werden. Bezüglich der sogenannten B 222, einer Hochleistungsstraße durch Hietzing, verlangte der Redner eine klare Antwort: Was ist in den nächsten zehn Jahren vorgesehen? Die Straße würde die Wohnqualität wesentlich verschlechtern. Bei Straßenreparaturen sollte man sich generell bemühen, sie zu beschleunigen und besser zu koordinieren, weil die Baustellen die Wirtschaft behindern und damit viel Geld kosten. Schließlich kritisierte der Redner den Gigantismus am Stadtrand. Wien und den Wienern wurde kein guter Dienst mit den dort errichteten Großbauten erwiesen, weil die Infrastruktur viel Geld kostet. Die rechtzeitige Bevorzugung der Revitalisierung im innerstädtischen Bereich hätte viel Geld erspart. Als Beweis die drei Baustellen Am Schöpfwerk, an der Mitterhofergasse, an der Aderklaaer Straße: die Straßenaufschließung für diese drei Gebiete kostet allein 34 Millionen. Dazu kommen noch Stromnetz, Kanäle, Schulen, Grünanlagen. Die Wohnungen werden damit sehr teuer. (smo)

GR. Busta (SPÖ) begrüßte die überdurchschnittliche Erhöhung des Sachaufwandes im Budget. Die Fassaden der Wohnbauten der Zwischenkriegszeit herzurichten, Beseirparks und Grünanlagen in Ordnung zu halten, Rohrleitungen zu legen und vieles mehr - diese Arbeiten können zwar nicht groß propagiert werden,

die Bevölkerung in der Wohnumgebung nimmt sie aber sicherlich wahr. Gerade in diesem Bereich können kleinere Gewerbebetriebe mithalten und zu Aufträgen kommen.

Dem Vorwurf der Gigantomanie nimmt die SPÖ gerne in Kauf, wenn man darunter versteht, daß so wichtige Projekte, wie die Dritte Wasserleitung, der Autobahnring, der Hochwasserschutz und der U-Bahn-Bau, gleichzeitig in Angriff genommen wurden.

GR. Busta berichtete dann detailliert über die in den Abteilungen dieser Geschäftsgruppe durchgeführten Bauten. Wie ein roter Faden zieht sich durch, daß in dieser Geschäftsgruppe praktisch Dienstleistungen für alle Geschäftsgruppen erbracht werden. (sei)

#### Straßenersatzbrücke über die Donau fertig

Die Straßenersatzbrücke über die Donau wird am Dienstag, dem 21. Dezember, um 5 Uhr früh, dem Verkehr übergeben. Dies kündigte Bautenstadtrat Böck an. Er unterstrich die vorbildliche Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen, durch die es möglich wurde, die Brücke um mehr als einen Monat früher als ursprünglich vorgesehen fertigzustellen. Der rasche Bau der Brücke sei eine einmalige Leistung, die auch im Ausland große Beachtung gefunden habe, und für die allen Beteiligten Dank gebühre.

Böck nahm dann zu einigen Debattenbeiträgen Stellung:

**Marxerbrücke:** Alle Berechnungen für die Instandsetzung sind fertig, in wenigen Tagen erfolgt die Montierung, Mitte Jänner wird die Brücke mit einer Gewichtsbeschränkung von 3,5 Tonnen für den Verkehr freigegeben. Mit dem Neubau wird 1977 begonnen.

**Brückenüberprüfungen:** erfolgen monatlich durch den Werkmeister, der einen Zivilingenieur beiziehen kann, bei Bedarf werden Hauptuntersuchungen durchgeführt.

**Rustensteg:** wurde 1972 generalinstandgesetzt.

**Wohnbauten am Stadtrand:** Bauten im Stadtgebiet sind gleichrangig, Bedeutung auch für Beschäftigungslage.

**Erbsenbachbrücke:** Morgen Anbotseröffnung, anschließend sofort Arbeitsbeginn.

**Hochwasserschutz:** kein Stocken der Arbeiten, Mittel werden der Situation entsprechend jeweils umdisponiert.

Böck betonte die große Bedeutung Wiens für die Erhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich. Die Arbeitsplatzsicherung stehe bei den zu vergebenden Arbeiten im Vordergrund und ist auch für 1977 gesichert.



Seit 1945 wurden rund 134.000 Wohnungen gebaut, 124.000 wurden bereits übergeben, 9.234 sind derzeit im Bau. (ger)

Debatte: "Wohnen"

Anschließend wurde das Kapitel "Wohnen" (Amtsführender Stadtrat, Vizebürgermeister Hubert Pfoch) beraten.

GR. Krenn (FPÖ): Die Anstrengungen der Stadt, durch verschiedene Förderungsaktionen die Substandardwohnungen zu verbessern und den allgemeinen Wohnkomfort zu erhöhen, werde seitens der FPÖ voll anerkannt. Zu wenig Mittel stehen jedoch für den kommunalen Wohnbau bereit. Die Zahl der Förderungsansuchen sei in den letzten Jahren rapid hinaufgeschneit, das Förderungsvolumen betrage bereits 950 Millionen, womit die Reserven allerdings bereits erschöpft seien. Im kommenden Jahr werden etwa 5.000 bis 6.000 Wohnungen gefördert und 7.000 verbessert werden können. In der Bundeshauptstadt gäbe es noch immer an die 200.000 Substandardwohnungen ohne jeglichen Komfort. GR. Krenn warnte davor, kleine Grünflächen innerhalb des ohnehin schon dichtbebauten Stadtgebietes zu verbauen. Der Wunsch nach kleinen Grünarealen als Naherholungsflächen stehe bei der Bevölkerung an vorderster Stelle. Zur Schaffung mehrerer "Miniparks" im Innenstadtbereich sollte ein Grünlandfonds bereitgestellt werden.

GR. Krenn stellte einen diesbezüglichen Antrag. (ba)

Im Budgetvoranschlag ist der rechtzeitige Einsatz der Mittel für den Wohnbau nicht gewährleistet, die Stadterneuerung erhalte noch immer keine Priorität, deponierte GR. Neunteufel (ÖVP) als grundsätzliche Kritik seiner Partei, die überdies eine verstärkte Wohnungsverbesserung garantiert haben will und mehr Einnahmen aus Grundverkäufen vorschlägt. Als Beweis, daß noch immer Kurs auf Stadterweiterung genommen wird, können zahlreiche Bauvorhaben in Favoriten, Simmering, Meidling und Donaustadt gelten, wo insgesamt an die 14.000 Wohnungen in den nächsten Jahren gebaut werden sollen. Froh über jede neue schöne Wohnung, muß man über die Randwanderung und die dadurch negative Alters- und Sozialstrukturentwicklung in den Kerngebieten der Stadt besorgt sein. Man müßte daher das ganze zur Verfügung stehende Instrumentarium zur Qualitätsverbesserung der 230.000 Substandardwohnungen einsetzen. 1977 werden an Wohnbauförderungsmitteln 2.75 Milliarden zur Verfügung stehen. Damit werden 5.500 bis 6.000 Wohnungen gefördert werden können. Das bedeutet Wartefristen von zwei bis drei Jahren. Die im Investitionsplan geschätzte Zuwachsrate von sechs Prozent wird nicht einmal die

Baukostensteigerungen auffangen können. Da die zwei Milliarden an Reserve aufgebraucht sind, stellt sich die Frage, woher weitere Mittel kommen sollen. Im Zusammenhang mit 11.700 Anträgen zur Wohnungsverbesserung im heurigen Jahr würdigte Neunteufel die Tätigkeit der MA 25. Bei den düsteren Prognosen des Investitionsplanes wird es aber nicht leicht sein, die Wohnungsverbesserung in diesem Umfang beizubehalten. Die Subjektförderung, die heuer 5.700 neue Bezieher erhalten, kann auf alle Fälle eine wichtige Hilfe für die Bevölkerung sein. Die Mieten in Gemeindebauten erreichen bereits 15 bis 18 S pro Quadratmeter. Besonders teuer erscheint der Bau in 10, Ada Christengasse, wo an Baukostenzuschuß für eine 100 Quadratmeter große Wohnung 80.000 S auf den Tisch gelegt werden müssen. Positiv sind die Leistungen der Wohnhäusererhaltung und der Wohnhäuserverwaltung zu bewerten. Doch sollte man verstärkt von Einzel-sanierungen zu Generalrenovierungen übergehen. Der Weg des § 2 Zinsstoppgesetzes wird bereits in der Wienerfeld-Siedlung-Ost begangen. Für die Wohnhäuserverwaltung schlug der Redner vor, die Mietzinseinhebung auf Elektronik umzustellen und die Formulare besser zu durchdenken. Bedauerlich sei die Ablehnung der ÖVP-Anträge, die Wohnungen am Marco Polo-Platz in Eigentum zu vergeben und Gemeindegrundstücke zu verkaufen beziehungsweise Baurechte in Eigentum zu übertragen. Die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, die mit 150 Millionen vorgesehen sind, sollten nämlich erhöht werden. (smo)

Die vielen Aufzugseinbauten in Althäusern erlauben es gerade den alten Menschen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, erklärte GR. Eveline Andrlik (SPÖ). 1976 wurden 130 Aufzüge fertiggestellt, 160 Aufzüge sind im Bau. Die Zahl der Wohnungsverbesserung stieg stark: 1976 wurden 3.145 Bäder, 1.497 WC und 6.800 Heizungsanlagen eingebaut. Der Umbau der Waschküchen in Waschsalons bringt den Menschen viele Erleichterungen.

Andrlik forderte Private auf, leere Wohnungen, besonders in Althäusern, dem Wohnungsberatungszentrum bekanntzugeben. 1976 wurden im Wohnungsberatungszentrum 23.000 Beratungen durchgeführt.

Der kommunale Wohnbau zeichnet sich durch architektonische Vielfalt aus. Die Priorität ist gerechtfertigt, da der kommunale Wohnbau vor allem für minderbemittelte Familien Wohnraum schafft. Die neue Aktion Dachgeschoßausbau soll vor allem im innerstädtischen Bereich neuen Wohnraum schaffen. Andriak begrüßte die Initiative von Vizebürgermeister Pfoch, die städtischen Wohnhäuser auf eventuelle Ausbaumöglichkeiten untersuchen zu lassen.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) erklärte, er habe immer gesagt, daß für alle Bereiche des Wohnens - Bautätigkeit, Wohnungsverbesserung etc. - rechtzeitig Vorsorge zu treffen sei. In Zukunft werde es im Bereich des Wohnbaus große Schwierigkeiten geben. Es sei sicher, daß jemand, der jetzt für geförderten Wohnbau einreicht, erst 1979 oder 1980 mit Geld rechnen könne. Zwischenfinanzierungen werden nötig sein, die Geld kosten und durch die Kreditgebühren noch teurer werden. Dr. Ebert kritisierte die Vorgangsweise bei der Vergabe von Baurechtsgründen.

In den letzten drei Jahren wurden an die Konsumgenossenschaften mehr als 300.000 Quadratmeter, an SPÖ-nahe Genossenschaften mehr als 200.000 Quadratmeter, an neutrale 10.000 Quadratmeter und an ÖVP-nahe Genossenschaften 26.000 Quadratmeter vergeben. Dr. Ebert forderte, daß die Baurechtsvergabe in Relation zum Wählerverhalten erfolgen sollte.

Die Stadt Wien habe zahlreiche Althäuser angekauft. Dr. Ebert stellte den Antrag, eine Liste vorzulegen, aus der Zahl und Adresse sowie Verwendungszweck der gekauften Häuser hervorgehe. Wenn solche Althäuser nicht in nächster Zeit gebraucht werden, so sollten sie verkauft werden, um sie rasch einer echten Verwendung zuzuführen und außerdem Geld zu bekommen.

Dr. Ebert erinnerte an die Forderung der ÖVP, die Wohnungen der Marco Polo-Anlage als Eigentumswohnungen zu vergeben. Dadurch wäre ein rascher Geldrückfluß und der Bau weiterer zusätzlicher Wohnungen möglich. Dies sei von der SPÖ abgelehnt worden. Dr. Ebert stellte die Frage, wer nun die bevorzugten Mieter sein werden, die in die Marco Polo-Anlage einziehen werden.

Eine gerechte Aufteilung der Bauvorhaben im Stadtinneren und am Stadtrand sei auch aus Gründen der Beschäftigungslage für arbeitsintensive kleinere Firmen notwendig. Derzeit hätten allerdings Großbauvorhaben den Vorzug. Im Budget sei keine Neuorientierung im Bereich Bauen und Wohnen festzustellen. (ger)

Die Geschäftsgruppe "Wohnen" habe nicht nur die Aufgabe, Wohnpolitik, sondern vor allem auch "Bodenpolitik" zu betreiben, betonte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ). Die Vorsorge für Grund und Boden sei eng mit der Stadtplanung verbunden. Man sollte daher mit dieser Geschäftsgruppe gemeinsam Lösungen finden. Nicht derjenige, der Wohnungen baut, sondern der über Grund und Boden verfügt, würde das Stadtbild entscheidend beeinflussen und prägen. Auch die Frage der Stadterneuerung und Stadterweiterung sei im Zusammenhang mit der Bodenbeschaffung zu sehen. Da im Innenbereich der Stadt nicht mehr viele Grundstücke für die Bebauung zur Verfügung stehen, müsse der Wohnraum natürlicherweise aus dem Zentrum rücken. Das Motto zur Wohnbaupolitik könne daher nicht "Stadterneuerung vor Stadterweiterung" heißen, sondern müsse "Stadterneuerung und Stadterweiterung" lauten.

Im Budget für das Jahr 1977 seien 470 Millionen für den Bodenkauf vorgesehen, ein Betrag, der Gewähr für den nötigen Wohnraum, und für die Förderung von Arbeitsstätten sichere. Im letzten Jahr seien von der Stadt Wien um 350 Millionen Grundstücke erworben worden, wovon der größte Teil zur Deckung der Infrastruktur, wie etwa der Badeteich Hirschstetten, Mülldeponien, usw. verwendet wurde. Der Antrag der ÖVP, weiter Bauland im Stadtbereich an Privateigentümer zu vergeben, würde einen Ausverkauf des kommunalen Wohnbaus in diesen Bereichen bedeuten. Die Förderung der Wirtschaft sei hingegen durch Abgabe von Grund und Boden an Firmen voll gewährleistet. Seitens der Stadtverwaltung sollten eine Reihe von Maßnahmen überlegt und realisiert werden, um möglichst rasch den notwendigen Grund erwerben zu können. Ziel dieser Maßnahmen sei eine offensive und dynamische Bodenpolitik, die alle Bodenspekulationen ausschließe. (ba)

Amtsführender Stadtrat Vizebürgermeister Hubert Pfoch (SPÖ) stellte fest, daß die Leistungen der Geschäftsgruppe in der Debatte im großen und ganzen ungeteilte Zustimmung gefunden haben. Die Ziele und Absichten, die vor einem Jahr bekundet worden waren, wurden in die Tat umgesetzt oder befinden sich in der Realisierung. Die Schwerpunkte zur Stadterneuerung lassen sich aber meist nicht von heute auf morgen verwirklichen. Zahlreiche Althauskäufe wurden gemacht, die Freimachung dauert aber mitunter zwei bis drei

Jahre. Von der Gruppe Bauvorbereitung wird jedoch bereits in Kürze das Programm 77/78 vorgelegt werden, mit 33 innerstädtischen Baustellen, auf denen 2.500 Wohnungen entstehen werden. Die Förderung von Neubauwohnungen wurde bewußt so gestaltet, daß zu fünfzig Prozent Wohnungen im innerstädtischen Bereich einbezogen sind. Deswegen wurden ~~tausend~~ Gemeindewohnungen am Stadtrand auf das nächste Jahr "geschoben". Darüber hinaus wurde maßgebliche Arbeit in den Assanierungsgebieten Ottakring, Spittelberg, Planquadrat und Revitalisierungen in zahlreichen denkmalgeschützten Häusern geleistet. Die Bedeutung der Stadterneuerung steht außerhalb jedes politischen Streites, sie ist aber ungleich langwieriger und kostspieliger als der Wohnbau am Stadtrand, der nach wie vor unerläßlich ist, will man die Wohnungsnot - es gibt rund 20.000 Vormerkungen - überwinden. Die krasse Wohnungsnot aber ist überwunden. Pfoch nannte für 1976 folgende beachtliche Bilanz: Es wurden rund 22.800 Wohnungen gefördert beziehungsweise in einen Zustand gebracht, daß sich die Benützer wohlfühlen können.

Für 10.254 Einheiten wurden die Wohnbauförderungsmittel zugeteilt, davon für 3.809 Gemeindewohnungen, für 5.000 Wohnungen gemeinnütziger Bauvräger und für 1.434 Private. Zu diesen geförderten Neubauwohnungen können mit Fug und Recht 12.548 Wohnungen gezählt werden, für die Wohnungsverbesserungskredite wirksam wurden.

Zu Fragen der Bodenpolitik erklärte Pfoch, daß im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung die Zusage gemacht wurde, Betrieben zunächst Baurechte einzuräumen, die sie dann als Eigentum erwerben können. Nach jahrelangem Kampf konnte ein bedeutender Grundkauf - die Mannesmanngüter - durchgeführt werden, der die Wasserversorgung durch die III. Wasserleitung aus dem Raum Moosbrunn sichert. Gegen ärgste Bodenspekulationen wird mit Erfolg das Instrument der Wohnbauförderung eingesetzt, indem für Objekte auf Grundstücken ohne Baulandwidmung keine WB-Förderung gewährt wird.

Stark ausgeweitet wurde die Informations- und Servicetätigkeit: Das neue Wohnungsberatungszentrum wurde eröffnet. Nicht weniger als 2.300 Genossenschafts- beziehungsweise Eigentumswohnungen wurden heuer ohne einen Groschen Provision vermittelt.

Anschließend zu einigen Detailfragen der Debatte: Es ist nichts gegen Eigentum einzuwenden, wenn es reell erworben wurde. Die Beseitigung des Wohnungsnotstandes ist aber nicht an Eigentum gebunden. Für das Siedlungsprogramm wurden aus den Liegenschaftsreserven Grundstücke für den Bau von tausend Einfamilienhäusern mobilisiert. Es wurde aber nie gesagt, daß sie in einem Jahr errichtet werden.

Die Beratungen über das Budget werden morgen Donnerstag mit der Behandlung der Geschäftsgruppe "Inneres und Bürgerservice" und dem U-Bahn-Budget abgeschlossen. Hierauf wird die normale Tagesordnung erledigt. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

## gaspreis wird um 6,1 prozent erhoehrt

9 wien, 15.12. (rk) der gaspreis wird ab 1. jaenner 1977 um 6,1 prozent erhoehrt. dies beschloss der stadtsenat am mittwoch mit den stimmen der spoe. der gemeinderat wird darueber am freitag beschliessen.

die wiener gaswerke mussten fuer den zeitraum jaenner bis september 1976 einen verlust von 102,4 millionen schilling hinnehmen, die erloese reichen bei weitem nicht aus, um die eingetretenen kostensteigerungen abzufangen. im investitionsplan fuer das jahr 1977 mussten 156 millionen vorlaeufig gesperrt werden. die hoechsten mehrbelastungen erwachsen den gaswerken aus der 1977 eintretenden verteuerung des erdgases, dessen anteil an den gesamtkosten seit 1974 von 20,4 prozent auf 34,1 prozent steigt. insgesamt verteuert sich der einstandspreis des erdgases fuer die wiener gaswerke im jahr 1977 gegenueber 1976 um 22,78 prozent. die mehrbelastung betraegt voraussichtlich 158,2 millionen. dazu kommen allgemeine preiserhoehungen in praktisch allen aufwandsbereichen.

die aufrechterhaltung der investitionssperren wuerde zu einer nachhaltigen beeintraechtigung der betriebssicherheit fuehren, da auch notwendige erneuerungen des rohrnetzes nicht durchgefuehrt werden koennten.

die gaswerke stellten daher an das bundesministerium fuer handel, gewerbe und industrie als der zustaeendigen preisbehoerde den antrag auf anhebung der gastarife und zaehlergebuehren. aufgrund des bescheides des ministeriums werden die gaspreise und zaehlergebuehren nunmehr ab 1. jaenner 1977 um 6,1 prozent erhoehrt. dies bedeutet eine erhoehung der bisherigen gaspreise von 33,01 groschen pro mcal (haushalt) beziehungsweise 31,38 groschen pro mcal (gewerbe) um je zwei groschen auf 35,01 groschen pro mcal beziehungsweise 33,38 groschen pro mcal. im durchschnitt betraegt die monatliche mehrbelastung fuer einen haushalt mit gasherd und durchlauferhitzer 4,44 schilling.

aufgrund eines bundesgesetzes und internationaler vereinbarungen werden die gaspreise ab 1. jaenner 1977 allerdings nicht mehr in

megakalorien, sondern in kilowattstunden berechnet. ab 1. jaenner 1977 gelten daher folgende gaspreise: 30,1 groschen pro kilowattstunde (haushalt) beziehungsweise 28,7 groschen pro kilowattstunde (gewerbe).

stadtrat franz n e k u l a kuendigte an, dass die mehrerloese fuer die schrittweise aufhebung der speren von investitionen fuer die erneuerung des gasrohrnetzes verwendet werden. (ger)

1118



L o k a l :

=====

noch plaetze fuer schwimmaktion frei

10 wien, 15.12. (rk) im gegensatz zur eislaufaktion, die sich eines regen zuspruchs erfreut - nur noch restplaetze sind unter der telefonnummer 42 800/2733 (durchwahl) zu erhalten - sind bei der jugendaktion der stadt wien "talent - leistungsschwimmen" noch plaetze frei. fuer buben und maedchen im alter zwischen 7 und 12 jahren besteht daher bei einer einmaligen anmeldegebuehr noch die moeglichkeit zur anmeldung.

die kurse finden jeden montag in drei wiener hallenbaedern - joengerbad, theresienbad und hallenbad floridsdorf - statt, wobei sie heuer am 20. dezember zum letzten mal stattfinden und unmittelbar nach den weihnachtsferien am 10. jaenner 1977 fortgesetzt werden. der erste kurs findet in der zeit von 14 bis 15.30 uhr, der zweite kurs von 15.30 bis 17 uhr statt.

wieder fahrt zum schnee

die jugendaktion der stadt wien "fahrt zum schnee" wird auch im jahre 1977 durchgefuehrt, wobei die anmeldungen dafuer am 10. jaenner im sportamt erfolgen koennen. (hof)

1121